

„Weißeritz-Zeitung“
erscheint wöchentlich drei-
mal: Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. —
Preis vierteljährlich 1 R.
25 Pf., zweimonatlich
84 Pf., einmonatlich 42
Pf. Einzelne Nummern
10 Pf. — Alle Postan-
stalten, Postboten, sowie
die Agenten nehmen Be-
stellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Inserate, welche bei der
bedeutenden Auflage des
Blattes eine sehr wirk-
same Verbreitung finden,
werden mit 10 Pf. die
Spaltenzeile oder deren
Raum berechnet. — La-
bellirische und complicirte
Inserate mit entsprechendem
Aufschlag. — Ein-
sandt, im reaktionellen
Theile, die Spaltenzeile
20 Pf.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft, das königliche Amtsgericht und den Stadtrath zu Dippoldiswalde.

Verantwortlicher Redacteur: Paul Jehne in Dippoldiswalde.

Mit achtfertigem „Ausfirtten Unterhaltungsblatt“.

Mit land- und hauswirthschaftlicher Monatsbeilage.

Nr. 103.

Donnerstag, den 7. September 1899.

65. Jahrgang.

Im Laufe dieses Jahres werden seitens des Centralbureaus für Steuer-
verwaltung im hiesigen Verwaltungsbezirk die zur Durchführung der
Landestriangulation erforderlichen Vermessungen im Gelände
wieder aufgenommen werden.

Indem Solches zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, werden die Herren
Bürgermeister, Gemeindevorstände und Gutsbesitzer des Bezirks, sowie die be-
theiligten Grundstücksbesitzer hierdurch veranlaßt, den mit den Vermessungen be-
auftragten Beamten des eingangserwähnten Centralbureaus, sowie deren Hilfs-
personal gegen Vorzeigung ihrer vom Centralbureau für Steuervermessung und
beziehtlich vom königlichen Finanzministerium ausgestellten Legitimationskarten
das jederzeitige Betreten ihrer Grundstücke, die Benutzung der Kirch-, Schloß- und
Ansichtsthürme zur Vornahme von Beobachtungen und das Aufstellen von Ver-
messungssignalen zu gestatten, überhaupt aber ihrer, dem öffentlichen Interesse
dienenden Thätigkeit jedwählige Unterstützung angedeihen zu lassen.

Das Verändern oder Beschädigen der Vermessungssignale,
sowie das Beschädigen der aufgestellten Triangulirungs-Pfeiler-
Bolzen oder Platten wird bei Geldstrafe von 60 Mk. — ver-
boten.

Den Gemeinbehörden wird weiter zur Pflicht gemacht, den Vermessungs-
beamten auf Verlangen und gegen ortsübliche Bezahlung ortskundige Führer,
sowie zu ihrem eigenen Fortkommen oder zum Transporte der Instrumente Fuhr-
werk zu stellen, ihnen auch zur Aufbewahrung der Vermessungsinstrumente geeig-
nete Räumlichkeiten anzuweisen.

Dippoldiswalde, am 28. August 1899.

Königliche Amtshauptmannschaft.

883 D.

Löffow.

M.

Fußweg-Einziehung betreffend.

Die Einziehung des von der Dresden-Altenberger Straße abzweigenden,

über die bezw. entlang der Parzelle Nr. 451a, 460, 460a, 460b, 467 und 468
des Flurbuchs für Pöschendorf nach Börschen führenden Fußweges ist beantragt
worden.

Gemäß der Bestimmung im § 14 Abs. 3 des Gesetzes über die Wegebau-
pflicht vom 12. Januar 1870 wird dies mit dem Bemerkten zur öffentlichen
Kenntniß gebracht, daß Widersprüche gegen die beabsichtigte Einziehung dieses
Weges binnen drei Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab hier
anzubringen sind.

Dippoldiswalde, am 31. August 1899.

Königliche Amtshauptmannschaft.

995 A.

Löffow.

St.

Versteigerung.

Sonnabend, den 9. September 1899, von Vormittags 10 Uhr an,
sollen im Gasthause zu Oberhäslitz andernorts gepfändete Möbel:

Vertiko, 2 Kleiderschränke, Plüschgarni-
tur, Waschtisch m. Marmorplatte, 2 Bett-
stellen m. Matratzen und 8 Betten, 4 Tische
meißbietend gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Dippoldiswalde, den 5. September 1899.

Der Gerichtsvollzieher beim kgl. Amtsgericht daselbst.
J. St.: Schäfer, Exp.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Freitag, den 8. Septbr. 1899, Abends 8 Uhr,
im Sitzungszimmer der Stadtverordneten im hiesigen Rathhause.
Die Tagesordnung hängt im Rathhause aus.

Zur Frage der politischen Beamten in Preußen.

Die angekündigte Maßregelung derjenigen poli-
tischen Verwaltungsbeamten, welche als Mitglieder
des preussischen Abgeordnetenhauses mit dem Chaos
der konservativen Fraktion gegen die Kanalvorlage
gestimmt hatten, ist nun doch erfolgt, obwohl der so-
eben ergangene Erlass des Staatsministeriums an die
Oberpräsidenten in Betreff der sogenannten politischen
Beamten infolge seiner einigermaßen unklaren Fassung
an der betreffenden Stelle es als ziemlich zweifelhaft
erscheint, ob ein derartiger Schritt wirklich ge-
schehen werde, resp. gethan worden sei. Indessen hat
die ministerielle „Berliner Korresp.“ mittlerweile in
einer Extra-Ausgabe die Mittheilung gebracht, daß
die Regierung aus dem im Erlass des Staatsministeriums
angeführten Gründen beschlossen habe, eine Anzahl
politischer Verwaltungsbeamten mit Wartegeld ein-
stellen in den Ruhestand zu versetzen, und es ist wohl
zweifellos, daß von dieser Maßregel die Regierungs-
präsidenten und Landräthe, welche im Abgeordneten-
hause als Gegner der Kanalvorlage auftraten, be-
troffen worden sind. Bereits wird denn auch bekannt,
daß sich unter den gemäßigteren Beamten der Re-
gierungspräsident v. Jafow und der Landrath Dr.
Baarth in Posen, sowie Landrath Dr. Lewald in
Pommern befinden, die mit zu den parlamentarischen
Gegnern der Kanalvorlage gehörten, offenbar gilt also
die Strafaktion der preussischen Regierung doch den
in der Kanalfrage mit auf Seiten der Opposition ge-
standenen Abgeordneten-Beamten. Es erscheint vom
rein menschlichen Standpunkte aus ganz begreiflich,
wenn an den maßgebenden Berliner Regierungsstellen
tiefste Verstimmlung vor allem gegen diejenigen Ver-
waltungsbeamten herrscht, welche ungeachtet ihrer am-
tlichen Stellung und ihrer hieraus resultirenden Ab-
hängigkeit von der Regierung eine wichtige Regierungs-
vorlage in der Volksvertretung haben bekämpfen
helfen. Es ist daher am Ende auch verständlich,
wenn die Regierung dieser Verstimmlung in der Zur-
dispositionsstellung der betreffenden Beamten Ausdruck
verliehen hat, aber das Zweckmäßige eines derartigen
Vorgehens jedoch kann man sehr getheilte Meinung
sein. Dasselbe trägt unter allen Umständen den
Charakter einer gewissen Kleinlichkeit an sich und

wirkt um so unangenehmer auch in den Kreisen der
Kanalreunde im Lande, als die Beamten-Abgeord-
neten bei ihrer Abstimmung gegen die Kanalvorlage
nur das jedem Volksvertreter zustehende Recht, seine
eigene Ueberzeugung bei Abstimmungen zum klaren
Ausdruck zu bringen, ausgeübt haben. Die kanal-
feindlichen Regierungspräsidenten und Landräthe,
welche im preussischen Abgeordnetenhause sitzen, haben
doch nicht als solche ihr Votum in Sachen der Kanal-
vorlage abgegeben, sondern eben lediglich als Ver-
treter ihrer Wählerschaft, als solche können sie sich
aber von der Regierung keine gebundene Marschroute
vorschreiben lassen, sondern müssen in erster Linie der
Stimmung und den Wünschen ihrer Wähler Rechnung
tragen, andernfalls würden sie im Landtage nur die
reinen menschlichen Jafase-Maschinen repräsentiren.
Indessen, regierungsseitig ist man augenscheinlich unter
dem Einbruche, daß irgend etwas geschehen müsse, um
die erlittene schwere Niederlage in der Kanalangelegen-
heit nicht ganz stumm hinzunehmen, vorgegangen, und
so sind denn die oppositionellen Regierungspräsidenten
und Landräthe als die erreichbaren Opfer gefallen.
Die Hauptsache ist nun, ob diese Regierungsmaßnahme
überhaupt auf die Kreise der politischen Beamten in
Preußen, in denen ja schon öfters die Neigung er-
kennbar hervorgetreten ist, manchmal gegen die Re-
gierung zu frondiren, die Wirkung hervorbringen wird,
wie sie laut dem jüngsten Erlass des Gesamtstaats-
ministeriums an leitender Stelle erwartet wird. Laut
genannter Regierungskundgebung sollen die politischen
Verwaltungsbeamten in allen Beziehungen, in welche
sie durch ihre amtliche Stellung mit dem öffentlichen
Leben gebracht werden, sich vor Augen halten, daß
sie Träger der Politik Sr. Majestät seien und dem-
nach die Verpflichtung hätten, dieselbe allenthalben zu
vertreten und durchzuführen zu helfen, widrigenfalls sie
weitergehende Maßregeln zu gewärtigen hätten. Es
ist das eine leise, aber verständliche Warnung der
Regierung an sämtliche zur gelegentlichen Opposition
neigenden Elemente in der politischen Beamtenenschaft
überhaupt; ob sie die gewünschte Wirkung haben
wird, das muß noch dahingestellt bleiben, eine erste
Voraussetzung hierfür wäre wohl ein künftiges ent-
schiedenere und entschlosseneres Auftreten der Re-
gierung in der Führung ihrer gesammten inneren
Politik. Im Uebrigen dürfte die eingeleitete Maß-

regelung der politischen Beamten-Abgeordneten das
übrige zu einem kühleren Verhältnisse zwischen der
Regierung und der konservativen Partei in Preußen
beitragen, in Anbetracht des Umstandes, daß letztere
schon im Voraus ihre unzweideutige Mißbilligung
eines solchen Schrittes ausgesprochen hatte.

Lokales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Als Ersatz für Schwester
Amalie Wiese, die vor reichlich 2 Monaten wegen
Erschöpfung die Arbeit in der hiesigen Gemeinde-
pflege aufgeben mußte, trifft Donnerstag, den 7. d. M.,
Schwester Helene Jungl aus dem Dresdener
Diakonissenhaus hier ein. Sie wird ebenfalls Ober-
thorplatz Nr. 146 wohnen. Nach § 3 der Instruktion
für die Gemeindefrauen der Parochie Dippoldis-
walde geht ihre Aufgabe zunächst und vor Allem da-
hin, die Kranken der Parochie in ihren Wohnungen
aufzusuchen und ihnen Handreichung zu thun, bez.
zu versorgen. Sie soll aber, soweit es diese ihre
Hauptthätigkeit gestattet, auch der weiblichen Jugend
sich annehmen und überhaupt der Gemeinde dienen,
wie sie immer kann.

Am Montag wanderte ganz Dippoldiswalde,
daß, um mit Goethe zu reden, nicht fünfzig in der
Stadt blieben, nach dem Divul des 100. Regiments
zwischen Reichstädt und Ruppenborn, während 101
auf der Kahlen Höhe lagerte. Letzteres Regiment
war am Vormittag von Glashütte über Geising,
Altenberg, Schellerhau marschirt und hatte den Gegner
am Fürstentweg nach Sabisdorf getroffen. Das Haupt-
gefecht fand in der Nähe des Lämmerberges statt.
Am Dienstag hat sich das Manöver nach Frauenstein
zu gezogen.

Nächsten Sonntag findet das Weiterchießen
der hiesigen Schützen-Gesellschaft mit Aus- und Einzug
statt. Da an demselben Tage der Festsverein im
Schützenhausgarten sein Sommerfest mit Concert, Ver-
loofungs- und Schießbuden und anderen Vergnügungen
abhält, so wird die Aue wiederum ein Bild bunten
Lebens bieten.

Seiten unsers Verkehrs-Ausschusses sollen gegen-
wärtig umfassende Erhebungen betreffs der Güter-
mengen eingeleitet werden, welche voraussichtlich der
erstrebten Normalpurbahn Niederfeldig-Dippoldis-